

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> FB 61/0115/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 12.04.2021
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
<b>Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2021, öffentlicher Teil</b>		
<b>Ziele:</b>		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
15.04.2021	Planungsausschuss	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2021, öffentlicher Teil.

**Anlage/n:**

Niederschrift vom 04.02.2021, öffentlicher Teil

**N i e d e r s c h r i f t**  
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 04.02.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, Aachen

---

Anwesende:

Ratsherr Michael Rau

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Harald Baal

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Carsten Schaadt

Herr Jürgen Bartholomy

Vertretung für: Frau Anna Wilhelmi

Herr Marc Beus

Frau Maria Dörter

Herr Alexander Gilson

Herr Johannes Hücke

Herr Ernst-Rudolf Kühn

«SINAME»

Ausdruck vom: 10.03.2021

Seite: 1/15

Herr Dieter Müller

Herr Wilhelm Heinz Jennissen

Herr Ralf Demmer

Abwesende:

Herr Martin Claes entschuldigt

Frau Anna Wilhelmi entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff Dez. III

Frau Clemens FB 63

Herr Kemperdick FB 23

Herr Larosch FB 60

Frau Strehle FB 61

als Schriftführerin:

Frau Vohn FB 61

**Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021, öffentlicher Teil**
  
- 2.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021, öffentlicher Teil**  
**Vorlage: FB 61/0061/WP18 (vertagt)**
  
- 3 **Haushaltsplanberatungen 2021 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung bis 2024**  
**Vorlage: FB 61/0045/WP18**

«SINAME»

Ausdruck vom: 10.03.2021

Seite: 2/15

- 4        **Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK), Maßnahmen 2021**  
Vorlage: FB 36/0004/WP18
- 5        **Neu- und Erweiterungsbau Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße**  
Vorlage: E 26/0013/WP18 (vertagt)
- 6        **Mögliche Teilnahme der Stadt Aachen am Landeswettbewerb „Zukunft Stadtraum“**  
hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2020
- 7        **Kur- und Rehasstandort Burtscheid;**  
hier: Kooperatives Werkstattverfahren  
Vorlage: FB 61/0044/WP18
- 8        **Pfalzbezirk - Krämerstraße - Erneuerung der Oberflächen**  
Vorlage: FB 61/0014/WP18
- 9        **Bebauungsplan Nr. 977 -Kullenhofstraße/Neuenhofer Weg-;**  
hier: Umstellung des Verfahrens  
Vorlage: FB 61/1565/WP17
- 10       **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 998 – Vaalser Straße / Neuenhofer Weg**  
hier:  
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB  
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB  
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss  
Vorlage: FB 61/0043/WP18 (vertagt)
- 11       **Bebauungsplan - Rütscher Straße / Nizzaallee -**  
hier: Vorgehensweise  
Vorlage: FB 61/0038/WP18

- 12 **Ratsantrag Nr. 474/17 der GRÜNE-Fraktion 'Rahmenbedingungen für den Ausbau von Solarenergie schaffen'**  
Vorlage: FB 60/0007/WP18
  
- 13 **Sachstand Klimaschutz im Rahmen des Monitoring gemäß European-Energy-Award**  
Vorlage: FB 36/0003/WP18
  
- 14 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021, nichtöffentlicher Teil**
  
- 1.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021, nichtöffentlicher Teil**  
Vorlage: FB 61/0062/WP18 (vertagt)
  
- 2 **Private Bauvorhaben**
  
- 3 **Berufung und Bestätigung stimmberechtigter Mitglieder nach § 3 der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Aachen**  
Vorlage: Dez III/0002/WP18
  
- 4 **Mitteilungen der Verwaltung:**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Rau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter\*innen von Öffentlichkeit, Verwaltung und Presse.

Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Zur Tagesordnungsordnung teilt er mit, dass sich die Fraktionen im Vorfeld darüber verständigt hätten, den Tagesordnungspunkt I/3 „Haushaltsplanberatungen“ auf die nächste Sitzung zu verschieben. Ebenso vertagen wolle man die Beratungen zu TOP I/10 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 998 - Vaalser Straße/ Neuenhofer Weg“, da der Städtebauliche Vertrag den Fraktionen noch nicht vorliege.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte I/3 und I/10 auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Für die SPD-Fraktion beantragt Herr Plum darüber hinaus die Vertagung des Punktes I/5 „Neu- und Erweiterung Verwaltungsgebäude Lagerhausstraße“. Man habe noch Beratungsbedarf insbesondere zu dem Aspekt cradle-to-cradle.

Für die Fraktion der Grünen spricht sich Herr Hucke für eine Beratung des Punktes aus. Zumindest wolle man die Gelegenheit nutzen, heute den Vortrag der Verwaltung zu hören und ggf. Fragen zu stellen. Eine Beschlussfassung könne dann in einer der nächsten Sitzungen erfolgen, dann sei sichergestellt, dass die Fraktionen Zeit für ihre Beratungen hätten.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Baal, dass man keine Bedenken habe, den Vortrag der Verwaltung heute anzuhören. Da die SPD-Fraktion allerdings einen nachvollziehbaren Beratungsbedarf geltend gemacht habe, werde man entsprechend der lang geübten Tradition im Ausschuss einer Vertagung zustimmen.

Der Vorsitzende stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich, den Tagesordnungspunkt I/5 zu vertagen.

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.01.2021, öffentlicher Teil**

Da die Niederschrift den Ausschussmitgliedern noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertagt.

## **zu 4 Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK), Maßnahmen 2021**

### **Vorlage: FB 36/0004/WP18**

Für die Fraktion der Grünen dankt Frau Brinner der Verwaltung. Die Umsetzung der Maßnahmen müsse nun mit höchster Priorität in Angriff genommen werden, in Sachen Klimaschutz habe man keine Zeit mehr zu verschenken. Hierzu müssten auch die in Tabelle 3 der Vorlage aufgeführten Maßnahmen, die bislang nicht im Haushalt abgebildet seien, zügig mit den erforderlichen Ansätzen eingeplant werden.

Für die Fraktion Die Zukunft betont auch Herr Allemand den dringenden Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels erscheine der Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen noch zu wenig ambitioniert. Man stimme der Vorlage natürlich zu, hoffe aber, dass man insgesamt zu einem schnelleren Vorgehen kommen könne.

Für die CDU-Fraktion signalisiert Herr Baal ebenfalls Zustimmung zur Vorlage, die Verwaltung habe hier hervorragende Arbeit geleistet. In nachvollziehbarer Art und Weise seien Sofortmaßnahmen identifiziert worden, die nun schnell begonnen und umgesetzt werden könnten. Insgesamt stehe ein umfangreiches Aufgabenpaket an, das zügig, aber auch mit der notwendigen Sorgfalt abgearbeitet werden müsse.

Der Ausschuss fasst den folgenden

### **Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt die Darstellung zur Finanzierung der Umsetzung von Maßnahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKSK) zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **zu 6 Mögliche Teilnahme der Stadt Aachen am Landeswettbewerb „Zukunft Stadtraum“**

### **hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.12.2020**

Für die SPD-Fraktion erläutert Herr Plum kurz den Hintergrund des Antrags.

Frau Strehle berichtet, dass die Verwaltung nach intensiver Prüfung eine Teilnahme an dem Wettbewerb nicht empfehle und zwar insbesondere aus folgenden Gründen:

«SINAME»

Ausdruck vom: 10.03.2021

Seite: 6/15

- Da die Mittelbereitstellung über das allgemeine Mittelkontingent des Landes in der Städtebauförderung gewährleistet wird, wird sich auch bei erfolgreicher Bewerbung das Gesamtbewilligungsvolumen für die Stadt Aachen nicht vergrößern.
- Der Landeswettbewerb ist darauf ausgerichtet, „Stunde-Null-Projekte“ zu unterstützen, der durch die landesweit tätige Jury des Wettbewerbs beratend begleitete Planungsprozess spielt dabei eine zentrale Rolle. Es bietet sich aktuell kein Projekt an, das sich sinnvoll in die Zeitmeilensteine des Wettbewerbs integrieren ließe.
- Der städtische Benefit (10.000 Euro Preisgeld bei erfolgreicher Bewerbung, hiernach Entwurfsausarbeitung in Konkurrenz zu anderen Kommunen, Auswahl der besten 10, denen lediglich ein Fördervorrang in der Sowieso-Städtebauförderung eingeräumt wird.) steht nicht im Verhältnis zum Aufwand.
- Die personellen Kapazitäten für eine Bewerbung stehen derzeit nicht zur Verfügung.

Herr Plum dankt der Verwaltung für die Prüfung. Die Gründe für die Nicht-Teilnahme seien überzeugend dargelegt worden.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

**zu 7 Kur- und Rehasstandort Burtscheid;  
hier: Kooperatives Werkstattverfahren  
Vorlage: FB 61/0044/WP18**

Für die Fraktion Die Zukunft dankt Herr Allemand der Verwaltung für die Vorlage und kündigt grundsätzliche Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Verfahren an. Man bitte allerdings darum, die Politik bei der Erarbeitung der Auslobung und der Auswahl der Büros einzubeziehen.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Plum den vorgeschlagenen Prozess. Es sei nun wichtig, die Bürgerschaft vor Ort mitzunehmen und die aktuellen Entwicklungen und Konfliktpunkte, die beispielsweise in der Stadtteilkonferenz bereits diskutiert würden, zu berücksichtigen.

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Baal allen Beteiligten seinen Dank dafür aus, dass es gelungen sei, das Verfahren bis an diesen Punkt zu bringen. Man werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gerne zustimme, gehe aber davon aus, dass die vorbereitenden Arbeiten unverzüglich in Angriff genommen würden, um nach Rechtskraft des Haushalts sofort starten zu können.

Frau Breuer ergänzt hierzu, dass die Entwicklung des Kurstandorts eines der wichtigsten Themen für Aachen insgesamt sei, der Handlungsdruck hier sei hoch. Es sei daher zu hoffen, dass es gelinge, die Problematik umfassend und vor allem zügig in Angriff zu nehmen.

«SINAME»

Ausdruck vom: 10.03.2021

Seite: 7/15



Für die Fraktion der Grünen sieht Herr Hucke in dem anstehenden Verfahren eine große Chance für Burtscheid, sich zukunftsfest als Kurstandort aufzustellen. Dabei sei es sinnvoll, auch die Anbindung ans Frankenberger Viertel in den Blick zu nehmen, daher rege man an, den Planbereich in diese Richtung nach Norden hin zu erweitern.

Für die Fraktion Die Linke betont auch Herr Beus die Chancen für Burtscheid, insbesondere nach dem Aus der Rosenquelle könne man deutlich über den heutigen Rahmen hinaus denken. Das vorgeschlagene Wettbewerbsverfahren sei der richtige Weg, um eine qualitativ gute Entwicklung anzustoßen.

Frau Ohlmann weist darauf hin, dass für den Bereich des Viadukts bereits ein Bebauungsplanverfahren laufe, in welchem durch eine Veränderungssperre ausgelöste Fristen zu beachten seien. Eine Erweiterung des Wettbewerbsgebiets in diesen Bereich hinein sei wegen der unterschiedlichen Zeithorizonte nicht sinnvoll.

Frau Strehle ergänzt, dass es sich ohnehin sowohl räumlich als auch thematisch bereits um ein großes und umfangreiches Verfahren handele, das man nicht überfrachten wolle.

Herr Rau fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass der Ausschuss sich der formalen Aspekte der Abgrenzung Bebauungsplan/ Wettbewerbsgebiet bewusst sei und die Verwaltung daher bitte, die Auslobung textlich so zu schärfen, dass die Verknüpfungspunkte zum Frankenberger Viertel hin mit in den Blick genommen werden könnten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung unter Berücksichtigung der in der Diskussion vorgebrachten Anregungen mit der Durchführung des kooperativen Werkstattverfahrens vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 8 Pfalzbezirk - Krämerstraße - Erneuerung der Oberflächen**

**Vorlage: FB 61/0014/WP18**

Frau Strehle teilt mit, dass sich die Bezirksvertretung Aachen-Mitte für die Umsetzung der Variante B ausgesprochen habe.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss fasst den Ausführungsbeschluss für die Erneuerung der Oberflächen Krämerstraße auf der Grundlage der Pläne Nr. 2018\_010\_L und 2018\_010\_RQ vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts und legt den Ausführungszeitraum nach Option B fest.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 9 Bebauungsplan Nr. 977 -Kullenhofstraße/Neuenhofer Weg-;**

**hier: Umstellung des Verfahrens**

**Vorlage: FB 61/1565/WP17**

Für die Fraktion Die Zukunft weist Herr Allemann darauf hin, dass hier eine starke Nachverdichtung stattfindet. Bei einer solchen Entscheidung halte man es für sinnvoll, die Gesamtlage der Planungen rund um die Uniklinik darzustellen.

Frau Burgdorff kündigt an, dass die neue Bereichsvorständin für den Bereich „Bau und Brandschutz“ an der Uniklinik, Frau Bekaun, sich nach Ostern im Ausschuss vorstellen und dabei auch einen ausführlichen Überblick über die aktuellen Planungen und Entwicklungen geben werde.

Für die SPD-Fraktion sieht Herr Plum den städtischen Einfluss durch die Umstellung des Verfahrens gestärkt. Dies habe bereits zu einer besseren Lösung geführt, so dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde.

Für die Fraktion Die Linke begrüßt auch Herr Beus das neue Verfahren. Man könne nun besser sicherstellen, dass die Qualität der entstehenden Gebäude der des Denkmals Klinikum angemessen sei.

Für die CDU-Fraktion berichtet Herr Gilson, dass die Bezirksvertretung Aachen-Laurensberg der Vorlage der Verwaltung einstimmig gefolgt sei. Es sei gelungen, einen guten Umgang mit den Fassaden zu finden, und insgesamt könne man zufrieden mit den ausgehandelten Kompromissen sein. Nun müsse man auch den Zeitdruck des Klinikums berücksichtigen, daher werde man dem Beschluss zum weiteren Vorgehen heute zustimmen.

Herr Rau betont, dass die gemeinsame Forderung von Politik und Verwaltung nach mehr Qualität erfolgreich gewesen sei. Mit den Vorleistungen des Klinikums und dem vereinbarten Fassadenwettbewerb sei man nun auf einem guten Weg.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, für den Bereich des Neubaus der Psychiatrie einen separaten, vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen mit vorherigem qualitätssicherndem Verfahren. Weiterhin beschließt er, das Verfahren für den übrigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 977 - Kullenhofstraße / Neuenhofer Weg – vorerst nicht weiterzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 11   Bebauungsplan - Rütcher Straße / Nizzaallee -**

**hier: Vorgehensweise**

**Vorlage: FB 61/0038/WP18**

Für die Fraktion Die Zukunft betont Herr Allemand, dass man wie in den Zielsetzungen des Bebauungsplanes beschrieben, den Grüncharakter des Viertels erhalten wolle. Eine Bebauung des Klostergartens sehe man dazu allerdings im Widerspruch.

Für die CDU-Fraktion nimmt Herr Baal Bezug auf die Beratungen zum Aufstellungsbeschluss. Man habe dieses Verfahren nicht auf den Weg gebracht, um neues Bauland zu akquirieren, sondern um die städtebauliche Figur und den Charakter des Quartiers zu erhalten. Eine Nachverdichtung sei sicherlich denkbar, allerdings unter der Voraussetzung, dass eben dieser Charakter keinen Schaden nehme. Was eine Bebauung des Klostergartens angehe, so müsse man dies im Verfahren diskutieren, die CDU-Fraktion stehe dem jedoch ausgesprochen skeptisch gegenüber.

Für die Fraktion der Grünen sieht Herr Hucke ebenfalls die Notwendigkeit, eine mögliche Nachverdichtung kritisch zu diskutieren. Ein gewisser Beitrag sei denkbar, man müsse aber vorsichtig und auf Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Konzepts vorgehen. Fraglich sei dabei aus seiner Sicht noch, ob man die Rütcher Straße weiter um den Lousberg herum mitbetrachten und einzelne Häuser dort in die Überlegungen einbeziehen könne oder ob es eine andere Möglichkeit der Anknüpfung an diesen Bereich gebe.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Plum seinen Vorrednern an. Bei allen Plänen zur Nachverdichtung sei ein behutsames Vorgehen notwendig, insbesondere, da solche Vorhaben in der Vergangenheit nicht immer gut geglückt und in der Anwohnerschaft auf heftige Kritik gestoßen seien. Der

«SINAME»

Ausdruck vom: 10.03.2021

Seite: 10/15

von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise werde man zustimmen, da man so die einzelnen Bereiche differenziert betrachten könne.

Für die Fraktion Die Linke spricht sich auch Herr Beus für ein behutsames Vorgehen bei einer eventuellen Nachverdichtung aus, stellt allerdings klar, dass beispielsweise die Entscheidung für den in der Anwohnerschaft kritisierten Neubau von dringend benötigten öffentlich geförderten Studentenwohnungen richtig gewesen sei.

Frau Burgdorff bittet abschließend darum, zunächst die Analyse und Bewertung des Gebiets abzuwarten und Möglichkeiten zur Nachverdichtung, auch für den Bereich des Klostergartens, nicht im Vorfeld bereits auszuschließen. Diese Entscheidungen sollten der Abwägung im Verfahren vorbehalten bleiben.

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt, für den Bebauungsplan – Rütscher Straße / Nizzaallee – eine Bestandsaufnahme und ein Konzept für die weitere Bearbeitung zu erstellen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 12 Ratsantrag Nr. 474/17 der GRÜNE-Fraktion 'Rahmenbedingungen für den Ausbau von Solarenergie schaffen'**

**Vorlage: FB 60/0007/WP18**

Herr Larosch erläutert, dass sich seit Fertigstellung der Vorlage noch einige Aspekte ergeben hätten, die man verwaltungsseitig noch abarbeiten wolle. Zudem habe der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz den Punkt Pandemie-bedingt bislang noch nicht beraten. Man schlage daher vor, den Punkt heute nicht zu behandeln, sondern eine überarbeitete Verwaltungsvorlage und einen Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz abzuwarten.

Für die Fraktion der Grünen plädiert Frau Brinner für eine Beratung der Thematik und auch für eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung. Das Fortschreiten des Klimawandels erfordere ein zügiges Handeln, daher wolle man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung grundsätzlich zustimmen, dabei allerdings noch einige Aspekte ergänzen, die man auch als Beschlussergänzung schriftlich verteilt habe:

- Eine solarenergetische Nutzung umfasst auch solarthermische Anlagen.

- Soweit die Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen weder durch städtebaulichen Vertrag noch durch Durchführungsvertrag festgesetzt werden kann, solle diese Installation von Photovoltaikanlagen und solarthermischen Anlagen unter Beachtung des Abwägungsgebots, der örtlichen Situation, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit in Bebauungsplänen gem. § 9 (1) Nr. 23 b) BauGB festgesetzt werden.
- In zukünftigen Bebauungsplänen wird nach den Regelungen §9 (1) Nr. 23 b) BauGB die Belegung von Dachflächen von neu zu erstellenden Gebäuden, Überdachungen oder offenen Stellplatzanlagen ab 200qm Größe grundsätzlich aus Klimaschutzgründen wie zuvor beschrieben festgesetzt.
- Der Regelfall für die Belegung von geeigneten Dächern mit PV-Modulen oder solarthermischen Anlagen wird mit mindestens 50% der nicht verschatteten Netto-Dachfläche festgesetzt.
- Die Regelungen gelten auch für Passivhäuser und Gewerbebauten.

Mit dem Beschluss dieser Regelungen könne es Aachen gelingen, einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität voranzukommen und gleichzeitig eine Vorreiterrolle einzunehmen. Ein solcher Beschluss sei klimapolitisch richtig und längst überfällig.

Für die Fraktion Die Zukunft äußert Herr Allemann grundsätzlich Unterstützung für das Ziel, den Anteil an Solarenergie zu erhöhen, man sehe allerdings einen nicht so einfach zu lösenden Konflikt mit dem Ansinnen, Dächer möglichst zu begrünen.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Plum, dass man der Vorlage der Verwaltung wie auch den von den Grünen vorgetragenen Ergänzungen im Wesentlichen zustimmen könne, insgesamt erscheine die Grundlage für eine Beschlussfassung allerdings noch nicht ausgereift. So stelle sich für ihn noch die Frage, ob nicht die Leistungsfähigkeit einer Anlage ein sinnvollerer Kriterium sei als der prozentuale Anteil an der Dachfläche. In diesem Zusammenhang sei auch nicht sauber definiert, was eine „geeignete Dachfläche“ sei. Hierzu halte man das Votum des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz für wertvoll. Man schlage daher vor, die Verwaltung zu bitten, die Vorlage unter Berücksichtigung der heutigen Diskussion nachzuarbeiten, den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ebenso wie den Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss zu beteiligen und dann erneut hier zu beraten.

Für die Fraktion Die Linke begrüßt Herr Beus grundsätzlich die Intention des Ratsantrags, auch die vorgetragenen Beschlussergänzungen gingen in die richtige Richtung. In der Verwaltungsvorlage müsse allerdings deutlich gemacht werden, welche Auswirkungen die Anwendung der vorgeschlagenen Regelungen auf den Mietpreis habe. Dieser Punkt müsse genau belichtet werden, denn letztlich könne seiner Kenntnis nach eine Mietpartei nicht zur Abnahme des so erzeugten Stroms gezwungen werden.

Für die CDU-Fraktion betont Herr Baal die Bedeutung der Thematik. Eine Förderung der Solarenergie nicht nur auf städtischen, sondern auch auf anderen Gebäuden sei grundsätzlich zu begrüßen. Man

müsse allerdings betrachten, unter welchen Rahmenbedingungen man eine solche Verpflichtung erlassen könne und welche Konflikte dadurch möglicherweise mit anderen, bereits bestehenden Verpflichtungen ausgelöst werden könnten. Zu nennen sei dabei zum Beispiel die städtische Gründachsatzung, hier erwarte man von der Verwaltung genauere Aussagen. Auch zum Mieterstrommodell müssten mehr Informationen vorliegen, damit der Ausschuss eine saubere Bewertungsgrundlage für einen Beschluss habe. Es sei daher sinnvoll, dass die Verwaltung die Vorlage nochmals überarbeite und detailliert darlege, mit welchen Regelungen man die gewünschte Förderung der Solarenergie belastbar umsetzen könne.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Brinner, Frau Breuer, die Herren Allemand, Plum, Demmer, Beus, Baal und Dr. Breuer sowie seitens der Verwaltung Herr Larosch beteiligen, stellt der Vorsitzende fest, dass es eine grundsätzliche Einigkeit über das Ziel gebe, den Ausbau von Solarenergie zu fördern und hierzu bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Im Detail gebe es hierzu allerdings noch einigen Abstimmungs- und Klärungsbedarf, den die Verwaltung nun aufarbeiten und in handhabbare Instrumente umsetzen müsse.

Der Ausschuss fasst auf dieser Grundlage den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf Grundlage der von der Fraktion der Grünen vorgeschlagenen Beschlussergänzungen ebenso wie der übrigen in der Diskussion vorgebrachten Anregungen geeignete Regelungen auszuarbeiten und sie in städtebauliche Instrumente umzusetzen. Die entsprechend überarbeitete Vorlage ist allen beteiligten Gremien zeitnah zur Beratung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**zu 13 Sachstand Klimaschutz im Rahmen des Monitoring gemäß European-Energy-Award**

**Vorlage: FB 36/0003/WP18**

Der Ausschuss fasst den folgenden

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zu Tätigkeiten rund um den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung sowie die CO<sub>2</sub>-Bilanz für die Stadt Aachen zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

#### **zu 14 Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen folgende Mitteilungen der Verwaltung schriftlich vor:

- Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 559 im Bereich östlich der Süsterfeldstraße
- Bewerbung „Bundespreis Kooperative Stadt“

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Larosch als langjähriger Leiter der Bauverwaltung in Kürze seinen Ruhestand antreten und somit heute letztmalig im Planungsausschuss als Verwaltungsvertreter anwesend sei. Herr Rau dankt Herrn Larosch für die konstruktive, vertrauensvolle Zusammenarbeit und insbesondere für sein Engagement, Wünsche und Aufträge aus dem Ausschuss rechtssicher und verlässlich umzusetzen. Im Namen des Ausschusses wünscht er Herrn Larosch alles Gute für die Zukunft.

Der Ausschuss schließt sich dem Dank und den guten Wünschen an.